

**Betreff:**

Missbräuchliche Nutzung von Kellern als Wohnräume im Inneren Westend

**Antragstext:**

**Antrag der SPD-Fraktion:**

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen und zu berichten, wie der vermuteten missbräuchlichen Wohnnutzung von dafür ungeeigneten Räumen im Inneren Westend entgegen gewirkt werden kann.

**Begründung:**

Dem Vernehmen nach soll beispielsweise in der Hellmundstraße 49 ein Kellerraum an 12 Rumäninnen vermietet sein, die dort in menschlich unwürdigen Bedingungen hausen würden.

Dem Vernehmen nach sollen in der Hellmundstraße 46 Kellerräume an bulgarische Staatsbürger vermietet sein. Miethöhe 700,00 €.

Dem Vernehmen nach sollen in der Frankenstraße 17 Kellerräume an 4 oder 5 Bulgaren und Rumänen vermietet sein, die untereinander fremd seien und sich unter extrem beengten Bedingungen arrangieren müssten. Zu allem Überfluss würde von ihnen verlangt, dass sie neben der Wohnungsmiete pro Person für einen Briefkasten als ‚Postanlaufstelle‘ mtl. 100,00 € an den Vermieter zu entrichten hätten.

Dem Vernehmen nach sollen regelmäßig bulgarische Männer um 06.30 Uhr mit PKWs bzw. Transportern abgeholt werden, um auf den Frankfurter ‚Arbeiterstrich‘ verfrachtet zu werden. Rumäninnen sollen regelmäßig auf diese Weise dem Frankfurter Straßenstrich zugeführt werden.

Wenn sich diese Informationen nach Überprüfung als richtig bestätigen sollten, ist der ggf. von deutschen und deutsch/türkischen Vermietern betriebene Missbrauch dieser Räume ohne Heizung und sanitäre Ausstattung nach humanitären Maßstäben nicht hinnehmbar. Die Landeshauptstadt Wiesbaden kann ggf. nicht tatenlos zusehen, wie EU-Bürgerinnen und -bürger in prekärer Lebenslage durch geldgierige Ausbeuter ohne vertragliche Regelung schamlos ausgenutzt werden. Überdies ist ggf. zu vermuten, dass die auf diese Weise schwarz erzielten Einnahmen dem Fiskus zur Versteuerung vorenthalten werden. Sollte die Überprüfung die Richtigkeit dieser mutmaßlichen Fakten bestätigen, muss alles rechtlich Mögliche versucht werden, diesem Treiben mit der Hilfe von Sozialarbeitern und dem Einsatz von Ordnungskräften -auch unter eventueller Einbeziehung des Landesamtes für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht, Wiesbaden, Rheingaustraße 190 - 196- ein Ende zu setzen.